

## 6. Eckpunktevereinbarung zu den offenen Punkten zur Erzielung einer Tarifeinigung

zwischen der HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH

(im Folgenden: „HIL-GmbH“ oder „Arbeitgeber“),

und

der ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

(im Folgenden: „ver.di“),

Die HIL und die ver.di werden einzeln auch als „Partei“ und gemeinsam als die „Parteien“ bezeichnet.

Zum 1. Januar 2026 sind zwischen den Parteien folgende Tarifverträge in Kraft getreten:

- Manteltarifvertrag für die HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH einschließlich der Entgelttabelle,
- Tarifvertrag über die Entgeltordnung der HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH,
- Tarifvertrag zur Landes- und Bündnisverteidigung sowie
- der Überleitungstarifvertrag für die HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH.

Im 1. Eckpunktepapier vom 17. Mai 2024 haben die Parteien vereinbart, folgende weitere Tarifverträge abzuschließen:

- Tarifvertrag zur betrieblichen Altersversorgung,
- Lebensarbeitszeitkonto-Tarifvertrag,
- Tarifvertrag Nachwuchskräfte,
- Tarifvertrag zur Betriebsrätestruktur und
- ein Tarifvertrag Auslandsbezug.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Parteien was folgt:

### 1. Tarifvertrag zur betrieblichen Altersversorgung

Die Parteien sind sich einig, dass der Tarifvertrag zur betrieblichen Altersversorgung in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung abgeschlossen werden soll.

### 2. Erklärungsfrist

Die Erklärungsfrist zum Widerruf der Einigung über die Eckpunktevereinbarung endet mit Ablauf des 22. Mai 2026.

Gesche, 4. 5. 2026  
Ort, Datum

U. Franz B. Schuch  
HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH

[Signature]  
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

**Anlage 1:** Tarifvertrag zur betrieblichen Altersvorsorge

**Haustarifvertrag über die betriebliche Altersversorgung  
für die Betriebe der HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH**

vom [Datum der Unterzeichnung] 2026

Zwischen

der HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH (nachfolgend: „Arbeitgeberin“ oder „HIL GmbH“), Josef-Wirmer-Straße 2-8 in 53123 Bonn, vertreten durch die Geschäftsführer Herr Sascha Franz und Herr Bernhard Schneider,

einerseits

und

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (nachfolgend: ver.di), vertreten durch [ ] ,

andererseits

wird Folgendes vereinbart:

## Inhalt

§ 1 Geltungsbereich .....	3
§ 2 Durchführungsweg und Inhalt des Versorgungsversprechens .....	3
§ 3 Arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung .....	4
§ 4 Einmalzahlung zu Beginn .....	5
§ 5 Entgeltumwandlung .....	5
§ 6 Arbeitgeberzuschuss zur Entgeltumwandlung .....	6
§ 7 Unverfallbarkeit .....	7
§ 8 Unzulässigkeit einer Beleihung, Abtretung oder Verpfändung .....	7
§ 9 Anpassung laufender Leistungen .....	7
§ 10 Versorgungsausgleich .....	7
§ 11 Datenschutz .....	8
§ 12 Mitwirkungspflichten .....	8
§ 13 Salvatorische Klausel und Schlussbestimmungen .....	8
§ 14 In-Kraft-Treten, Laufzeit .....	9

## **§ 1**

### **Geltungsbereich**

- (1) Dieser Tarifvertrag gilt für alle Beschäftigten\* der HIL GmbH, die nach § 1 MTV unter den Geltungsbereich des Manteltarifvertrages der HIL GmbH fallen.

## **§ 2**

### **Durchführungsweg und Inhalt des Versorgungsversprechens**

- (1) <sup>1</sup>Die Versorgungszusage wird in Form einer beitragsorientierten Leistungszusage im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG erteilt und über den Durchführungsweg der Direktversicherung abgewickelt. <sup>2</sup>Die Wahl der Versicherungsgesellschaften (nachfolgend: Versorgungsträger) und der von ihnen angebotenen Versicherungstarife obliegt der Arbeitgeberin. <sup>3</sup>Es wird ein Tarif angeboten, der neben einer Altersleistung auch einen Hinterbliebenenschutz versichert. <sup>4</sup>Als Altersleistung zu versichern ist eine lebenslange monatliche Altersrente mit Kapitaloption. <sup>5</sup>Für den Hinterbliebenenschutz wird die Versicherung einer Rentengarantiezeit (bei Tod nach Rentenbeginn) in Verbindung mit einer Beitragsrückgewähr des Policenkapitals (bei Tod vor Rentenbeginn) vereinbart. <sup>6</sup>Die Versorgungszusage auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung steht unter der Bedingung, dass im Einzelfall der Versicherungsvertrag mit dem Versorgungsträger zustande kommt.

#### Protokollerklärung:

- <sup>1</sup>Der Versorgungsträger wird von der Arbeitgeberin unter Durchführung eines Vergabeverfahrens ausgewählt. <sup>2</sup>Die Arbeitgeberin legt ver.di die Ausschreibungsunterlagen vor Veröffentlichung zur Kenntnisnahme vor. <sup>3</sup>Etwaige Änderungsvorschläge sind binnen 14 Tagen nach Zugang von ver.di geltend zu machen.
- (2) <sup>1</sup>Voraussetzungen, Inhalt, Art, Umfang und Höhe der Versorgung richten sich ausschließlich nach der für den Beschäftigten jeweils abgeschlossenen Direktversicherung sowie den diesbezüglichen Versicherungsbedingungen und dem Versicherungstarif des Versorgungsträgers in ihrer jeweils gültigen Fassung sowie dem ergänzend hierzu vom Versorgungsträger ausgestellten Versicherungsschein. <sup>2</sup>Dies gilt nicht nur für die arbeitgeberfinanzierte Altersversorgung nach § 3, sondern auch für die freiwillige Entgeltumwandlung nach §§ 5 und 6. <sup>3</sup>Die arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung gem. § 3 Abs. 1 und die freiwillige Entgeltumwandlung nach §§ 5 und 6 werden aufgrund der

---

\* Aus Gründen der besseren Lesbarkeit auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen im BetrAVG und den tariflichen Regelungen von der Versicherung getrennt behandelt.

- (3) Etwaige Änderungen der in Abs. (2) Satz 1 genannten Regelwerke wirken unmittelbar für und gegen die Beschäftigten, ohne dass es einer Abänderung dieses Tarifvertrages bedarf.

### **§ 3**

#### **Arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung**

- (1) Die Arbeitgeberin leistet für jeden Beschäftigten ab Beginn des Versicherungsvertrags monatliche Beiträge in Höhe von gleichbleibend EUR 130,00 brutto (nachfolgend: Altersvorsorgeleistungen oder AVL) an den Versorgungsträger, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
- a) das Arbeitsverhältnis besteht nach einer ununterbrochenen Beschäftigungsdauer (ununterbrochene Betriebszugehörigkeit) von sechs Monaten (Vorschaltzeit) ungekündigt fort,
  - b) das jeweilige, mit der Arbeitgeberin bestehende Arbeitsverhältnis ist das „erste steuerliche Dienstverhältnis“ im Sinne des § 3 Nr. 63 Satz 1 EStG (gewählte Steuerklasse 1 bis 5),
  - c) die AVL können steuer- und sozialversicherungsfrei an den Versorgungsträger gezahlt werden, und
  - d) der Beschäftigte ist im Einzelfall nach den Bedingungen des gewählten Versorgungsträgers versicherbar und
  - e) die Arbeitgeberin leistet keine anderweitigen Beiträge in eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung.

Protokollerklärung zu e): Unter einer arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersversorgung werden z.B. Beiträge in die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) verstanden.

- (2) <sup>1</sup>Die monatliche Beitragszahlung setzt voraus, dass in dem jeweiligen Kalendermonat ein Anspruch auf Zahlung von Arbeitsentgelt besteht. <sup>2</sup>Die Beitragszahlungspflicht der Arbeitgeberin entfällt, wenn das Arbeitsverhältnis ohne Anspruch auf Vergütung fortbesteht (entgeltlose Beschäftigungszeit, z.B. während der Elternzeit, im unbezahlten Urlaub oder nach Beendigung der Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfall durch Auslaufen des Krankengeldzuschusses nach § 20 Abs. 2 MTV). <sup>3</sup>Die Direktversicherung wird durch die Arbeitgeberin für diesen Zeitraum beitragsfrei gestellt. <sup>4</sup>Zusammenhängende entgeltlose Beschäftigungszeiten werden auf volle Monate gerundet. <sup>5</sup>Dabei zählt ein Rest von mehr als 15 Tagen als voller Monat.

- (3) <sup>1</sup>Die Beitragszahlung beginnt mit Wirkung für den Monat, der auf das Datum folgt, an dem die Voraussetzungen nach vorstehend Absatz 1 erfüllt sind. <sup>2</sup>Die Beitragszahlung endet mit Ablauf des Monats, in dem das Arbeitsverhältnis endet, spätestens zu dem Termin, zu dem letztmalig nach dem Versicherungsvertrag eine Beitragszahlung möglich ist.
- (4) Erfüllt der Beschäftigte im Einzelfall die in vorstehend Absatz 1 b) bis d) genannten Voraussetzungen nicht, erhält er nach Ablauf der Vorschaltzeit – an Stelle der AVL – ein um monatlich 130,00 EUR brutto erhöhtes Entgelt von der Arbeitgeberin ausgezahlt.

#### **§ 4**

##### **Einmalzahlung zu Beginn**

- (1) <sup>1</sup>Beschäftigte, die zum Stichtag 1. März 2026 die Voraussetzungen nach § 3 erfüllen, haben ab dem 1. März 2026 Anspruch auf einen Betrag in Höhe von monatlich 130,00 EUR brutto. <sup>2</sup>Beschäftigte, die nach dem Stichtag 1. März 2026 bis zum Beginn des Versicherungsvertrages die Voraussetzungen nach § 3 erfüllen, haben ab dem Monat, in dem die Voraussetzungen erfüllt werden, den Anspruch nach S. 1. <sup>3</sup>Die Arbeitgeberin zahlt zu Beginn des Versicherungsvertrages an den Versorgungsträger für jeden dieser Beschäftigten den Betrag, der sich bis zum Datum des Beginns des Versicherungsvertrages summiert, als Einmalzahlung an den Versorgungsträger.
- (2) Die Arbeitgeberin verpflichtet sich, in Umsetzung der Ansprüche nach Abs. 1 die Summe auf ein gesondertes Geschäftskonto einzuzahlen.

#### **§ 5**

##### **Entgeltumwandlung**

- (1) <sup>1</sup>Die nachfolgenden Regelungen in §§ 5 und 6 stellen abweichende Tarifnormen im Sinne des § 19 Abs. 1 BetrAVG dar. <sup>2</sup>Insbesondere besteht kein Anspruch auf einen Arbeitgeberzuschuss nach § 1a Abs. 1a BetrAVG.
- (2) <sup>1</sup>Beschäftigte können ab Inkrafttreten des Tarifvertrages zukünftige Ansprüche auf tarifliches Entgelt umwandeln. <sup>2</sup>Die Voraussetzungen nach vorstehend § 3 Abs. 1 Buchstaben a) bis d) gelten entsprechend. <sup>3</sup>Umgewandelt werden können auch vermögenswirksame Leistungen (VL), soweit auf die VL im Einzelfall ein Anspruch besteht und diese nicht für vermögenswirksame Anlagen verwendet werden oder für die Zukunft auf die Verwendung für vermögenswirksame Anlagen schriftlich verzichtet wird.
- (3) <sup>1</sup>Der künftige, noch nicht fällige Anspruch wird in Höhe des im Einzelfall vereinbarten Bruttobetrages unter Verzicht auf Barlohn in eine wertgleiche Anwartschaft auf

Versorgungsleistungen umgewandelt. <sup>2</sup>Die Arbeitgeberin behält im Wege der Gehaltsabrechnung den Entgeltumwandlungsbetrag ein und zahlt ihn als Beitrag in den Direktversicherungsvertrag ein. <sup>3</sup>Entgeltumwandlung wird nur umgesetzt, wenn dem Beschäftigten im Kalendermonat mindestens Entgeltansprüche in Höhe des vereinbarten Umwandlungsbetrages zustehen.

- (4) <sup>1</sup>Der Höchstbetrag für die Entgeltumwandlung wird begrenzt auf jährlich bis zu 4 % der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung. <sup>2</sup>Der Arbeitgeberbeitrag (AVL) und der Arbeitgeberzuschuss nach § 6 sind jeweils vom Höchstbetrag abzuziehen.
- (5) Mindestens sind 1/160 der jeweils festgelegten Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV) umzuwandeln.
- (6) <sup>1</sup>Die konkrete, individuelle Entgeltumwandlungsvereinbarung wird in Schriftform oder in Textform zwischen dem Beschäftigten und der Arbeitgeberin geschlossen. <sup>2</sup>Die Entgeltumwandlungsvereinbarung muss einen Monat vor dem Beginn der Entgeltumwandlung vom Beschäftigten in Textform beantragt werden. <sup>3</sup>Durchführungsweg ist die Direktversicherung. <sup>4</sup>Vorstehend § 2 gilt entsprechend. <sup>5</sup>Versichert wird eine lebenslange monatliche Altersrente mit Kapitaloption.
- (7) <sup>1</sup>Für das jeweils laufende Kalenderjahr ist der Beschäftigte an eine bereits bestehende Entgeltumwandlungsvereinbarung gebunden. <sup>2</sup>Eine Beendigung oder Änderung der Entgeltumwandlungsvereinbarung ist frühestens mit Wirkung für das darauffolgende Kalenderjahr möglich, wobei eine entsprechende Erklärung der Arbeitgeberin spätestens bis zum 30. November des jeweiligen Kalenderjahres zugegangen sein muss.
- (8) Um eine durchgehende Beitragszahlung ohne Unterbrechung zu gewährleisten, können Beschäftigte, für die schon eine Entgeltumwandlung vor Inkrafttreten dieses Tarifvertrags eingerichtet worden ist, Entgelt bereits mit Inkrafttreten des Manteltarifvertrags umwandeln.

## **§ 6**

### **Arbeitgeberzuschuss zur Entgeltumwandlung**

- (1) <sup>1</sup>Beschäftigte erhalten auf den Brutto-Entgeltumwandlungsbetrag im Monat einen pauschalen Arbeitgeberzuschuss von 10 %. <sup>2</sup>Dieser fließt beitrags erhöhend in die Direktversicherung. <sup>3</sup>Der Arbeitgeberzuschuss wird nur für Kalendermonate geleistet, für die dem Beschäftigten mindestens Entgeltansprüche in Höhe des vereinbarten Umwandlungsbetrages zustehen.
- (2) Maximal erhalten Beschäftigte den Arbeitgeberzuschuss auf einen Entgeltumwandlungsbetrag von bis zu 4 % der Beitragsbemessungsgrenze in der

allgemeinen Rentenversicherung (d.h. in Höhe des SV-Freibetrages), abzüglich des Arbeitgeberbeitrages (AVL) und des Arbeitgeberzuschusses.

- (3) Beschäftigte, für die schon eine Entgeltumwandlung vor Inkrafttreten dieses Tarifvertrages eingerichtet worden ist, erhalten die bisher geleisteten Arbeitgeberzuschüsse in unveränderter Höhe weiter.

## **§ 7**

### **Unverfallbarkeit**

<sup>1</sup>Der Eintritt der Unverfallbarkeit der Versorgungsanswartschaften aus AVL und Entgeltumwandlung richtet sich nach den hierfür jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen. <sup>2</sup>Für die arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung und für die Entgeltumwandlung werden jeweils separate (Einzel-) Versicherungsverträge eingerichtet. <sup>3</sup>In dem Vertrag zur Entgeltumwandlung wird dem versicherten Beschäftigten ab Beginn ein unwiderrufliches Bezugsrecht eingeräumt.

## **§ 8**

### **Unzulässigkeit einer Beleihung, Abtretung oder Verpfändung**

<sup>1</sup>Eine Beleihung, Abtretung oder Verpfändung der Versorgungsanswartschaften, der Versorgungsansprüche bzw. der Ansprüche aus der Direktversicherung durch die Arbeitgeberin, die Beschäftigten oder deren Hinterbliebene ist unzulässig. <sup>2</sup>Dennoch erfolgte Abtretungen, Beleihungen oder Verpfändungen sind sowohl gegenüber der Arbeitgeberin als auch gegenüber dem Versorgungsträger unwirksam.

## **§ 9**

### **Anpassung laufender Leistungen**

Bezüglich einer etwaigen Erhöhung laufender Leistungen gilt § 16 Abs. 3 Nr. 2 BetrAVG. Der Vertrag mit dem Versorgungsträger muss vorsehen, dass anfallende Überschussanteile ausschließlich zur Erhöhung der Versicherungsleistungen verwendet werden und eine Verrechnung von anfallenden Überschüssen mit Versicherungsbeiträgen ausgeschlossen ist.

## **§ 10**

### **Versorgungsausgleich**

Bei Ehescheidung oder Auflösung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft richtet sich ein etwaiger Versorgungsausgleich nach der jeweils gültigen Teilungsordnung des Versorgungsträgers.



## **§ 11**

### **Datenschutz**

<sup>1</sup>Die Arbeitgeberin übermittelt die zum Abschluss und zur Durchführung der Direktversicherung notwendigen personenbezogenen Daten der versicherten Beschäftigten an den Versorgungsträger. <sup>2</sup>Diese wird die Daten nutzen und verarbeiten, soweit dies für den Abschluss und die Durchführung der Direktversicherung notwendig ist. <sup>3</sup>Der Versorgungsträger kann auch Daten an Dritte übermitteln, sofern dies zur Erfüllung seiner Aufgaben unumgänglich ist.

## **§ 12**

### **Mitwirkungspflichten**

- (1) Jeder Beschäftigte ist verpflichtet, im Einzelfall die zum Abschluss der Direktversicherung notwendigen Auskünfte zu geben und die zum Abschluss erforderlichen Mitwirkungshandlungen wie z.B. die Abgabe von Erklärungen vorzunehmen.
- (2) <sup>1</sup>Der Beschäftigte hat die für die Leistungsvoraussetzungen erforderlichen Nachweise (z.B. Geburts-, Heirats-, Lebenspartnerschafts-, Sterbeurkunden oder sonstige amtliche Bescheinigungen über die Bezugsberechtigung) zu führen und die für das Entstehen und Fortbestehen des Anspruches notwendigen Angaben zu machen, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und gegebenenfalls einen Lebensnachweis beizubringen. <sup>2</sup>Es sind die für eine ordnungsgemäße Abrechnung und Auszahlung der steuer- und sozialversicherungspflichtigen Leistungen erforderlichen Informationen und Unterlagen mitzuteilen bzw. vorzulegen.
- (3) Im Fall einer Beendigung des Arbeitsverhältnisses vor Eintritt des Versorgungsfalles hat der Beschäftigte den für ihn eingerichteten Versicherungsvertrag zu übernehmen, sofern der Arbeitgeberin diesen Vertrag im Nachgang zur versicherungsförmigen Lösung nach § 2 Abs. 2 Satz 2 BetrAVG auf ihn überträgt.

## **§ 13**

### **Salvatorische Klausel und Schlussbestimmungen**

- (1) <sup>1</sup>Sollten einzelne Bestimmungen dieses Tarifvertrages unwirksam sein, so wird dadurch die Gültigkeit im Übrigen nicht berührt. <sup>2</sup>An die Stelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Auffüllung einer Lücke ist dann eine Regelung zu verhandeln, die nach Sinn und Zweck dem am nächsten kommt, was festgelegt worden wäre, wenn dieser Punkt von vornherein beachtet worden wäre.

- (2) Sollte dieser Tarifvertrag wider Erwarten von den versicherungsvertraglichen Bestimmungen des Versorgungsträgers abweichen, so haben die versicherungsvertraglichen Bestimmungen des Versorgungsträgers stets Vorrang.
- (3) Sollten sich die für die betriebliche Altersversorgung relevanten, sozialversicherungs- und/oder steuerrechtlichen Rahmenbedingungen nach Abschluss aber noch während der Laufzeit dieses Tarifvertrags zulasten der Beschäftigten und/oder der Arbeitgeberin ändern, werden die Tarifparteien Verhandlungen über eine Anpassung dieses Tarifvertrags an die geänderten Rahmenbedingungen aufnehmen.

## **§ 14**

### **In-Kraft-Treten, Laufzeit**

- (1) Dieser Tarifvertrag tritt am 01.07.2026 in Kraft.
- (2) Dieser Tarifvertrag kann von jeder Tarifvertragspartei mit einer Frist von drei Monaten schriftlich gekündigt werden, frühestens jedoch mit Wirkung zum Ablauf des 30.06.2031.

## UNTERSCHRIFTEN

Für die ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft [],

[Ort, Datum]

[Vertreter]

[Ort, Datum]

[Vertreter]

Für die HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH

Bonn, den

Sascha Franz, Geschäftsführer

Bonn, den

Bernhard Schneider, Geschäftsführer

## Niederschriftserklärungen

### I. Zu § 5 Abs. (5)

1/160 der Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 SGB IV beträgt im Jahr 2026 296,63 EUR; umgerechnet auf den Monat 24,72 EUR.

### II. Zu § 6 Abs. (2)

Im Jahr 2026 beträgt der monatliche Arbeitgeberzuschuss unter Berücksichtigung der geltenden Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung (4% von 8.450 EUR) und Anrechnung der arbeitgeberfinanzierten Altersversorgung nach § 3 maximal 18,91 EUR (10 %) auf einen maximalen Entgeltumwandlungsbetrag im Monat von 189,09 EUR.